

Weitere soziale Wohltaten im nächsten Jahr

CDU/FWV-Anträge erfolgreich – SPD und Grüne unterliegen mit zusätzlichen Forderungen – Streit um Sperrvermerk

Gut 640 000 Euro mehr als ursprünglich geplant werden für soziale Maßnahmen im Landkreis nächstes Jahr ausgegeben. Das ist das Ergebnis der Beratungen in den Fachausschüssen des Kreistags. Dazu gehören 60 000 Euro für Familienhebammen, um die frühen Hilfen für junge Familien auszubauen.

VON GÜNTER BÄCHLE

Hätten sich SPD und Grüne mit ihren zusätzlichen Anträgen gestern bei der Schlussberatung im Verwaltungsausschuss des Kreistags durchgesetzt, wäre das Sozialbudget noch stärker aufgestockt worden. Und dies, obwohl sich seit der Einbringung des 503-Millionen-Euro-Budgets Ende Oktober ein Minus bei den Einnahmen abzeichnet: Das Land wird eine Million Euro weniger überweisen als zunächst gedacht, weil inzwischen die November-Steuerschätzung vorliegt. Nun werden es 31,7 Millionen Euro sein. Zudem sinkt der Bundeszuschuss für Hartz-IV-Empfänger um 700 000 Euro auf 10,9 Millionen Euro. Damit schrumpft die Sondertilgung von Schulden des Kreises um 1,6 Millionen Euro auf 315 300 Euro.

Zusätzlich muss im Gesamtbudget des Kreises das Plus von 640 000 Euro für soziale Zwecke verkraftet werden. Damit steht aber auch fest, dass die familienentlastenden Dienste ausgebaut



Auch Eltern mehrfachbehinderter Kinder werden künftig stärker entlastet.

Archivbild: Drossel

werden können: Denn von 2009 an gibt das Land nur noch so viel, wie die jeweiligen Stadt- und Landkreise bezahlen. In den Etat sollen 122 400 Euro eingestellt werden, so dass insgesamt 244 800 Euro zur Verfügung stehen werden – eine glatte Verdoppelung der Summe, die 2008 ausgeschüttet wurde.

Durch einen gemeinsamen Antrag erreichten CDU und Freie Wähler verschiedene Verbesserungen gegenüber dem Budgetentwurf der Kreisverwaltung:

80 000 Euro für Kinderschutz, 60 000 Euro für Familienhebammen sowie 10 000 Euro, um ein Angebot für jugendliche Täter sexueller Gewalt zu schaffen. 55 000 Euro fließen in ein ambulantes Hilfsangebot für Frauen und Kinder nach häuslicher Gewalt. Der Zuschuss für die Wohnungslosenhilfe steigt um 25 000 Euro. Um eine hauptamtliche Geschäftsführung zu etablieren, gehen 70 000 Euro an den Tagesmütterverein – der Versuch von Grünen und SPD, hier weitere

80 000 Euro für eine sozialpädagogische Fachkraft lockerzumachen, scheiterte gestern. Generell werden die Zuschüsse an freie Träger zum Ausgleich von Tarifsteigerungen um 19 900 Euro angehoben.

„CDU und FWV hatten für 2008 Verbesserungen im Sozialbereich für jährlich 600 000 Euro durchgesetzt, für 2009 weitere Verbesserungen um 400 000 Euro“, sagte Vaihingens Oberbürgermeister Gerd Maisch (FWV). Damit gebe der Kreis 2009 eine

Million Euro mehr als noch 2007. „Da muss man keine Weltuntergangsstimmung aufkommen lassen.“ Maisch reagierte auf die Beiträge des Grünen-Fraktionsschefs Daniel Renkonen (Ludwigsburg) und des Bietigheim-Bissingener SPD-Kreisrats Dr. Anton Blönnigen. Sie kämpften vergeblich für zwei zusätzliche Sozialarbeiter an den Berufsschulen des Kreises. Die Grünen unterlagen mit dem Antrag, die Familienhebamme durch eine sozialpädagogische Fachkraft zu unterstützen und dafür weitere 40 000 Euro vorzusehen.

Renkonen und Blönnigen kritisierten heftig, dass vier zusätzliche Stellen für den allgemeinen sozialen Dienst mit einem Sperrvermerk versehen wurden. Blönnigen: „Wir brauchen das Personal jetzt.“

Sperrvermerk

Sperrvermerke in einem Haushaltsplan bedeuten nur eines: Das Geld für ein Projekt oder eine Maßnahme wird zwar bereitgestellt. Aber die Verwaltung darf erst dann darauf zurückgreifen, wenn die zuständigen Gremien – beim Landkreis ist das der Kreistag – die Mittel entsperrt, das heißt freigegeben haben. (bä)